

Analyse

Das nordkoreanische Nuklearproblem – eine russische Sicht

Wladimir Jewsejew, Moskau

Zusammenfassung

Nach Nordkoreas Erklärung, es verfüge über Atomwaffen, haben intensive Verhandlungen, an denen sechs Staaten – China, Russland, Japan, Südkorea, die USA und Nordkorea – beteiligt waren, vorläufig nicht zu einer Lösung geführt. Ein Fortschritt bei den Sechser-Gesprächen – die Rückkehr Nordkoreas zum Atomwaffensperrvertrag, die Anwendung der umfassenden Garantien der IAEA, die Demontage der Atomanlagen mit zweifacher Verwendung und Atomsprenköpfe – ist nur möglich, wenn China, Russland, Südkorea und Japan eine einheitliche Position formulieren. Dieses erfordert wiederum, dass die USA und Japan auf eine militärische Lösung des Problems verzichten. Es müssen die Perspektiven einer Beteiligung Russlands an der Lösung dieser Krise ausgelotet werden.

Die Sechserrunde und Nordkoreas Atompolitik

Im Februar 2005 erklärte das Außenministerium der Demokratischen Volksrepublik Korea offiziell, dass Nordkorea Atomwaffen besitzt und sich zeitweilig von den Sechser-Gesprächen zur Krise auf der koreanischen Halbinsel zurückziehen will. Die Weltgemeinschaft reagierte auf die Demarche Pjöngjangs negativ aus. Alle Teilnehmerstaaten den Sechser-Gesprächen (neben Nordkorea China, Russland, USA, Südkorea, Japan) verstanden die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung der Krise. Dank ihren gemeinsamen Anstrengungen fand vom 26. Juli bis zum 6. August 2005 in Beijing die erste Etappe der vierten Runde der Sechser-Gespräche über das nordkoreanische Nuklearproblem statt, allerdings ohne nennenswerte Fortschritte. Während der zweiten Etappe der vierten Runde (vom 13. bis zum 19. September 2005) wurde zum ersten Mal ein wesentliches Ergebnis erreicht: es wurde eine Gemeinsame Erklärung verabschiedet. Die USA verpflichteten sich, Nordkorea Energie zu liefern, im Gegenzug sollte Nordkorea sein militärisches Nuklearprogramm einstellen; weiterhin sollte in nächster Zukunft die Fertigstellung des nordkoreanischen Atomkraftwerkes erörtert werden. Außerdem erklärte Washington, dass es Nordkorea nicht angreifen werde. Pjöngjang seinerseits versprach, in den Atomwaffensperrvertrag zurückzukehren, Inspektoren der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) Zutritt zu seinen Atomanlagen zu gewähren und Maßnahmen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu den USA und Japan zu ergreifen.

Die Verhandlungen laufen sich fest ...

Trotz allem beschränkte sich die fünfte Runde der Sechser-Gespräche, die in Beijing im November

2005 stattfinden sollten, nur auf eine dreitägige erste Etappe. Eine zweite Etappe hat bis heute nicht stattgefunden. Nach Meinung der Bush-Administration ist die nordkoreanische Führung immer noch nicht zu einem konstruktiven Dialog bereit und versucht lediglich, weitere Zugeständnisse der anderen Verhandlungsteilnehmer zu erreichen; daher sollten die USA, Russland, China, Japan und Südkorea eine gemeinsame politische Linie verfolgen, die sich auf Sanktionen gegen die nordkoreanische Spitze stützt, um die schlimmsten Szenarien, die auf der koreanischen Halbinsel eintreten könnten, abzuwenden. Unter dem Druck Washingtons haben die Behörden von Macao (einer Sonderverwaltungszone von China) in der Bank „Delta Asia“ mehr als 24 Millionen Dollar der Demokratischen Volksrepublik Korea blockiert, mit der Beschuldigung, dass gefälschte amerikanische Valuta in Umlauf gebracht worden sei. Pjöngjang ist seinerseits der Meinung, dass die USA in Nordkorea einen Regimewechsel anstreben. Daher würden die Forderungen an Nordkorea ständig erhöht: zuerst wird die Einstellung des militärischen Atomprogramms gefordert, dann eine Demokratisierung des Landes, usw. Von Nordkorea würden unumkehrbare Veränderungen gefordert, während Zugeständnisse der USA und ihrer Verbündeten umkehrbar wären, was nach dem einseitigen Rückzug Washingtons aus dem Antiraketenvvertrag 1972 besonders deutlich wurde.

Offensichtlich ist ein Fortschritt in der nordkoreanischen Atomfrage in der nächsten Zukunft unwahrscheinlich. Während des letzten Treffens im November 2005 verpflichteten sich die Vertreter der beiden koreanischen Staaten, Listen ihrer Atomanlagen vorzulegen, was bis jetzt aber noch nicht geschehen ist. Eine Reihe von russischen Experten sind der Meinung, dass Nordkorea bereit ist, die Gespräche fortzusetzen, um

Sicherheitsgarantien und wirtschaftliche Dividenden zu erhalten, dass aber Washington nicht immer die nötige Flexibilität an den Tag legt.

Nordkorea – vom Marxismus zum Konfuzianismus?

Vor einer Betrachtung der atomaren Fragen muss man verstehen, wie sich das nordkoreanische Regime heute darstellt. Seit den frühen 1990er Jahren rückt das Land von der marxistisch-leninistischen Ideologie ab. Konfuzianische Werte und nationale Traditionen, insbesondere der Ahnenkult, sind wiederauferstanden. Die These, dass die Demokratische Volksrepublik Korea die Erbin der alten koreanischen Staaten ist, ist zur neuen grundlegenden Legitimation Nordkoreas geworden.

Kim Jong Il, der das Land seit dem Tode Kim Il Sung's führt, hat nicht nur gewissenhaft die meisten konfuzianischen Bräuche und Verhaltensregeln während der dreijährigen Trauerperiode für seinen verstorbenen Vater eingehalten, sondern auch die Religionsausübung erlaubt. Dies hat seine Macht gestärkt und politische Stabilität erhöht, die weder durch den Hunger noch die Wirtschaftskrise der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erschüttert wurde.

Der neue Führer hat sich allem Anschein nach für den chinesischen Weg entschieden, das heißt, für allmähliche wirtschaftliche Reformen unter strenger staatlicher Kontrolle. Ab Juli 2002 hat Nordkorea das System der Rationierung auf Marken drastisch eingeschränkt und die Gehälter der Arbeiter und Beamten um das 15–20fache erhöht (allerdings sind die Preise für Waren und Dienstleistungen noch mehr gestiegen). In den Fabriken gibt es jetzt verschiedene Arten von materiellen Anreizen. Die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Güter sind wesentlich erhöht worden und die Möglichkeiten von Genossenschaftsmitgliedern für individuelle Arbeit sind erweitert worden. Die koreanische Währung ist jetzt begrenzt konvertierbar und es ist die Erlaubnis gegeben worden, ausländische Währung in Umlauf zu bringen.

Die Wirtschaftsprobleme

Eines der gravierendsten Probleme der nordkoreanischen Wirtschaft ist nach wie vor der akute Mangel an elektrischer Energie. Ob sich das Regime halten kann, wird in vieler Hinsicht davon abhängen, wie es dieses Problem löst. Das Land kann nur mit Hilfe eigener Nuklearenergie eine selbstständige Energieversorgung garantieren. In Anbetracht des begrenzten nordkoreanischen Warenexportes sind Strom- oder Brennstofflieferungen für Wärmekraftwerke, z.B. aus Russland, nur kostenlos möglich.

Ein weiteres Problem der Wirtschaft sind die begrenzten Investitionen von außen. 2002 rechnete Pjöngjang mit einer günstigeren Entwicklung: Damals nahm die Europäische Union diplomatische Verbindungen zur Demokratischen Volksrepublik Korea auf und war bereit, sich aktiv an der Politik der „Einbeziehung“ und Modernisierung Nordkoreas zu beteiligen. Es zeichnete sich eine Normalisierung der Beziehungen zu Tokio ab, die Entschädigungen (für während der Kolonialherrschaft erlittene Schäden) versprach, wie auch eine Normalisierung der Beziehungen zu Washington; später aber änderte sich dies unter dem Druck der USA. Jetzt gewährt keine internationale Finanzinstitution Pjöngjang einen Kredit, daher spielen die Investitionen Chinas und Südkoreas eine äußerst wichtige Rolle.

Chance für eine Transformation?

Nach Meinung vieler Beobachter ist eine evolutionäre Transformation der nordkoreanischen Gesellschaft durch eine allmähliche Privatisierung von Strukturen, die den südkoreanischen „Jaebeols“ [Konglomerate] ähneln, möglich, natürlich mit einer größeren Beteiligung des Staates. Ausländische, vor allem südkoreanische, Investitionen könnten zu einer Modernisierung der Industrie und Landwirtschaft beitragen. Wenn es einem solchen Pfad folgen würde, könnte Nordkorea innerhalb von 10–15 Jahren eine Wirtschaft gemischten Typs aufbauen, mit hoher Beteiligung des staatlichen Sektors, die eng mit Südkorea verbunden ist. Eine allmähliche wirtschaftliche und politische Annäherung schafft die Voraussetzungen für einen einzigen Staat auf der koreanischen Halbinsel, zuerst als Konföderation.

Dieses ist aber noch in weiter Zukunft. Heute lebt die Demokratische Volksrepublik Korea nach wie vor „wie zu Kriegszeiten“. Jeder fünfte Mann im arbeitsfähigen Alter dient in den Streitkräften, 30–50% der Wirtschaft arbeiten für militärische Bedürfnisse. Mitte der 1990er brach in Nordkorea eine Hungersnot aus, die nach amerikanischen Schätzungen zum Tode von ein bis zwei Millionen Menschen führte. Es wären noch mehr Opfer geworden, wenn die Weltgemeinschaft nicht in großem Umfang Hilfe geleistet hätte.

Die außenpolitische Lage Nordkoreas

Nach dem ersten Gipfeltreffen in der Geschichte der beiden koreanischen Staaten in Pjöngjang im Juni 2000 haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Koreas wesentlich verbessert. Ende 2002 sanktionierte Pjöngjang die Schaffung der gemeinsamen Industriezone Kaesong und der Tourismuszone

Keumgang-san in unmittelbarer Nähe der demilitarisierten Zone. Südkorea sieht in diesen Projekten den Anfang für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und ist bereit, hierfür bedeutende Mittel aufzuwenden. Beide Seiten beabsichtigen, ihre Schienennetze zu vereinigen, mit einem Zugang zur russischen Transsibirischen Eisenbahn.

Doch die außenpolitische Lage der Demokratischen Volksrepublik Korea ist nach wie vor sehr schwierig. Formal ist der Koreakrieg nicht beendet: Nordkorea hat diplomatische Beziehungen weder zu seinem südlichen Nachbarn noch zu den USA oder Japan. Einflussreiche rechtsgerichtete Kreise in Südkorea kritisieren das Regime in Pjöngjang scharf, während die republikanische Administration der USA Nordkorea gänzlich zur „Achse des Bösen“ und zu den „Hochburgen der Tyrannei“ hinzurechnet und dabei vor der Möglichkeit warnt, dass es militärische Mittel einsetzen könnte und Nordkorea in die Liste der Ziele für einen atomaren Präventivschlag aufgenommen hat. Das ungelöste Problem der durch das nordkoreanische Regime entführten Japaner behindert eine Normalisierung der Beziehungen zu Tokio. All dies und das militärische Atomprogramm in den 1960ern und 1970er Jahren bewegten die Führung Nordkoreas dazu, ein eigenes Atomwaffenprogramm aufzubauen.

Nordkorea als Atommacht

In den 1980er Jahren wurde in Nordkorea die Entwicklung eines vollen nuklearen Brennstoffzyklus abgeschlossen. Dazu gehören Uranbergwerke in Paktson und Pjöngsan, ein Sonderlaboratorium in der Kim-Il-Sung-Universität in Pjöngjang, eine Fabrik zur Herstellung von nuklearen Brennstäben mit Lager, ein Forschungsreaktor mit 5 Megawatt Leistung (mit doppeltem Zweck: Produktion von Elektrizität und waffenfähigem Plutonium) und das radiochemische Laboratorium des Institutes für Radiochemie (für die Gewinnung von Plutonium aus abgebranntem Kernbrennstoff) im atomaren Wissenschafts- und Forschungszentrum in Jongbjon.

Mit dieser Infrastruktur kann waffenfähiges Plutonium gewonnen werden. Die IAEA nimmt an, dass Nordkorea jährlich bis zu 10 Kilogramm waffenfähiges Plutonium erzeugen kann, was für ein bis zwei nukleare Sprengköpfe ausreicht. Unter russischen Experten herrscht die Meinung vor, dass die Demokratische Republik Korea eine gewisse Quantität waffenfähigen Plutoniums angehäuft und einige atomare Sprengkörper hergestellt hat, deren Tauglichkeit aber zweifelhaft ist. Nordkorea ist es höchstwahrscheinlich auch nicht gelungen, eine aus-

reichende Menge von hoch angereichertem Uran für den Bau einer Atomwaffe anzuhäufen.

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft

In den letzten Jahrzehnten haben die führenden Staaten der Welt mehr als einmal versucht, die Arbeit an dem nordkoreanischen Atomwaffenprogramm zu stoppen, zuerst durch bilaterale Gespräche. Anfangs spielte die Sowjetunion eine führende Rolle bei dem Versuch, dieses akute Problem zu lösen. Mitte der 1980er Jahre forderte sie Nordkorea auf, den Atomwaffensperrvertrag zu unterschreiben, als Vorbedingung, um von der Sowjetunion Hilfe beim Aufbau der Atomenergie zu erhalten. Erst nachdem dieses geschehen war, lieferte Moskau einen gasgekühlten und graphitmoderierten Forschungsreaktor mit einer Leistung von 5 Megawatt und baute ihn in Jongbjon auf. Russland stellte die nukleare Zusammenarbeit mit Nordkorea vollständig ein, nachdem Nordkorea seinen Rücktritt vom Atomwaffensperrvertrag 1993 angekündigt hatte.

Später verstärkten die USA ihre Aktivitäten in der Region. Nach den bilateralen Gesprächen zwischen den USA und Nordkorea im Juni 1993 kündigte Nordkorea an, dass es seinen Rücktritt vom Atomwaffensperrvertrag aussetzen würde, wenn sich Washington im Gegenzug nicht in innere Angelegenheiten einmischen und nicht mit militärischer Gewalt drohen würde. Im Oktober 1994 unterschrieben Pjöngjang und Washington eine Rahmenvereinbarung, nach der Pjöngjang sich verpflichtete, sein Atomprogramm zu stoppen, während Washington jährlich 500.000 Tonnen Erdöl an Nordkorea liefern und Nordkorea behilflich sein würde, seine diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Außenwelt zu verbessern. Die Clinton-Administration stimmte diesen Maßnahmen zu, da sie sicher war, dass Kim Jong Il, der im Juli 1994 die Nachfolge von Kim Il Sung angetreten hatte, sich nicht an der Macht halten würde.

Das Scheitern der Rahmenvereinbarung von 2003

Gemäß der Rahmenvereinbarung planten die USA, 2003 in Nordkorea ein Kernkraftwerk mit zwei Leichtwasserreaktoren mit einer Gesamtleistung von 2 Gigawatt zu errichten, während Nordkorea die Graphitreaktoren, die Plutonium herstellen können, schließen sollte. Zu dieser Zeit verpflichtete sich Pjöngjang, erneut die Verpflichtungen zu erfüllen, die ihr durch die Garantievereinbarung mit der IAEA auferlegt waren. Im März 1995 gründeten Südkorea,

die USA und Japan das internationale Konsortium „Energieentwicklung auf der koreanischen Halbinsel“ (englische Abkürzung KEDO), das die Anstrengungen für den Bau eines Atomkraftwerkes in Nordkorea bündeln sollte. Später wurde auch die EU in das Konsortium einbezogen. 1997 wurde der Bau des AKW im Sinpo-Gebiet in Nordkorea begonnen. Allerdings steuerten die Republikaner, die 2001 in den USA an die Macht gekommen waren, praktisch auf eine Ablehnung der von der vorherigen Administration geschlossenen Vereinbarung hin. Es wurden sowohl die kostenlosen Erdöllieferungen an Nordkorea wie auch der Bau des AKW eingestellt. Daraufhin kündigte Pjöngjang die Wiederaufnahme seines militärischen Atomprogramms an; im Januar 2003 setzte es formal den Vorsitzenden des Sicherheitsrates der UNO und die Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages darüber in Kenntnis, dass es vom Vertrag zurücktreten würde, da der Schutz der höchsten nationalen Interessen angesichts der Feindschaft und des Drucks seitens der USA gewährleistet sein müsse. Im April desselben Jahres erklärte Nordkorea die Absicht, Atomwaffen herzustellen; im Mai kündigte es einseitig die Vereinbarung mit Nordkorea aus dem Jahre 1992, die die koreanische Halbinsel zur atomwaffenfreien Zone erklärte.

Die Perspektive der Sechsergespräche

Im Zeitraum von 1997 bis 1999 wurden gleichzeitig mit den bilateralen Verhandlungen sechs Vierer-Gespräche mit Beteiligung der USA, Nordkoreas, Südkoreas und Chinas durchgeführt. Es gab keinen wesentlichen Fortschritt: Die Positionen der USA und Nordkoreas waren unvereinbar, es gab auch keine wirklichen Hebel, um Pjöngjang zu beeinflussen. Allmählich ging die Initiative für multilaterale Verhandlungen zu China über, auch Russland nahm eine aktivere Position ein.

Im Januar 2003, gleich nach dem Rücktritt Nordkoreas vom Atomwaffensperrvertrag und als die USA einen Dialog verweigerten, übergab der Sondergesandte des russischen Präsidenten Alexander

Losjukow Pjöngjang und Washington (und danach auch den übrigen interessierten Parteien) Vorschläge zu einer Gesamtlösung der nordkoreanischen Atomfrage. Sie sieht vor, dass der atomwaffenfreie Status der koreanischen Halbinsel garantiert, der Atomwaffensperrvertrag eingehalten und die durch die Rahmenvereinbarung und andere internationale Verträge vereinbarten Verpflichtungen erfüllt werden. Pjöngjang formulierte eigene Vorschläge zur Lösung der Krise auf der Grundlage der russischen Vorschläge. Auf Pjöngjangs Initiative wurde Russland zu den folgenden Gesprächen eingeladen, die Anzahl der Teilnehmer wuchs auf sechs: Russland, Nordkorea, Südkorea, USA, China und Japan. Die erste Runde der Sechser-Gespräche fand im August 2003 statt, bis jetzt hat es vier Runden gegeben.

Ein Fortschritt bei den Sechser-Gesprächen – die Rückkehr Nordkoreas zum Atomwaffensperrvertrag, die Anwendung der umfassenden Garantien der IAEA, die Demontage der Atomanlagen mit zweifacher Verwendung und Atomsprengköpfe – ist nur möglich, wenn China, Russland, Südkorea und Japan eine einheitliche Position formulieren. Dieses erfordert wiederum, dass die USA und Japan auf jeden Fall auf eine militärische Lösung des Problems verzichten. Im Weiteren wäre es sinnvoll, wenn auf die eine oder andere Art die Bestimmungen der Rahmenvereinbarung über den Bau von Leichtwasserreaktoren wieder in Kraft gesetzt werden würde; vor deren Fertigstellung müsste Brennstoff geliefert werden. Es müssen die Perspektiven einer Beteiligung Russlands an der Lösung dieser Krise ausgelotet werden; insbesondere könnte Russland atomaren Brennstoff für die zu bauenden AKWs liefern und die abgebrannten Brennstäbe ausführen. Darüber hinaus könnten die Bemühungen Südkoreas, ein eigenes Atom-U-Boot zu bauen und hierfür auf der Grundlage von hoch angereichertem Uran nuklearen Brennstoff herzustellen, dazu führen, dass Seoul unter bestimmten Umständen selbst ein Atomwaffenprogramm schafft.

*Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann
Redaktion: Hans-Henning Schröder*

Über den Autoren:

Wladimir Walerjewitsch Jewsejew ist Kandidat der Technischen Wissenschaften (Dr. Ing.), Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Internationale Sicherheit des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) und Assistent eines Abgeordneten der Staatsduma. Er ist Experte für Internationale Sicherheit.